

Sendesperrfrist: 12. September 2007, 10:30 Uhr

Unternehmensteuerreform bedroht Innenstädte und Nahversorgung –
Ergebnisse einer DIHK/HDE-Umfrage bei den Handelsunternehmen
Pressekonferenz am 12. September 2007
Statement von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Für uns zeigt die vorliegende Umfrage vor allem drei Dinge:

1. Die Steuerpolitik treibt Einzelhändler zur Aufgabe. Statt Innenstadtbelebung zu unterstützen, lässt sie Zentren veröden.
2. Die Steuerbelastung im Mittelstand steigt. Die Unternehmensteuerreform engt den Spielraum für unternehmerische Tätigkeit ein. Statt Eigenkapital zu entlasten, wird Fremdkapital belastet. Statt mehr Anreize zur Selbständigkeit zu geben, schreckt die Steuer davon ab.
3. Unser Steuersystem ist strukturell in einer Schiefelage. Statt Erträge zu besteuern, werden Kosten hinzugerechnet. Das wird sich spätestens im nächsten Abschwung rächen, wenn die Erträge sinken, die Substanzbesteuerung aber bleibt.

Allein schon diese Ergebnisse zeigen, dass die Reform die eigentlich angestrebten Ziele nicht erreicht. Wir fordern deshalb Korrekturen noch bevor das neue Unternehmensteuerrecht in Kraft tritt.

Alarmierende Umfrageergebnisse

Die Ergebnisse unserer Berechnungen sind weitaus besorgniserregender, als wir erwartet hatten: Alarmierend ist vor allem, wie viele der eigentümergeprägten Personengesellschaften durch die Unternehmensteuerreform verlieren und wie stark auch Kapitalgesellschaften betroffen sind. Bei unseren 250 durchgerechneten Unternehmen sind es 87 Prozent der Personenunternehmen, die mehr belastet werden. Die kleineren Kapitalgesellschaften erreichen nach der Reform einen durchschnittlichen Steuersatz von 67 Prozent. Bisher gesunde mittelständische Unternehmen, die in Deutschland investieren, ausbilden und Steuern zahlen, werden im nächsten Jahr trotz anderslautender Reformziele mehr und nicht weniger Steuern zahlen. Und sie werden darauf reagieren – müssen!

Sie finden dafür in den Unterlagen 10 Echt-Beispiele.

Unternehmensteuerreform belastet nicht nur Einzelhändler

Unsere Beispiele sind nicht nur typisch für den Handel in der Innenstadt. Am Ende wird es genauso sein bei Hotels und Gaststätten (hierzu laufen noch Untersuchungen). Nach Schätzungen werden mindestens 250.000 mittelständische Unternehmen höher belastet werden. Denn sie profitieren weder von der abgesenkten Körperschaftsteuer, noch von den Rücklagen in der Einkommensteuer, noch vom Freibetrag bei den Hinzurechnungen oder davon, dass die Dauerschuldzinsen jetzt nur noch zu einem Viertel steuerpflichtig sind bei der Gewerbesteuer.

Zugegeben: Die Unternehmensteuerreform 2008 entlastet gewinnstarke Unternehmen mit hohem Eigenkapitalquoten und entsprechend mit geringem Fremdkapitalanteil. So gibt es auch in unserer Untersuchung das eine oder andere Unternehmen, das auf eine Steuerbelastung von knapp unter 30 Prozent kommt. Im Durchschnitt werden in unseren Beispielen Belastungen von über 60 Prozent erreicht. Aber eigentlich schlimmer noch: Durch die Hinzurechnung der Finanzierungsanteile bei Mieten, Pachten, Leasing und Lizenzen wird die Substanz der Unternehmen besteuert und damit deren Weg hin zu eigenkapitalstarken Unternehmen zusätzlich erschwert. Wenn Sie so wollen: Wer heute auf hohe Fremdfinanzierung angewiesen ist, hat es in Zukunft noch schwerer davon loszukommen.

Die massive Substanzbesteuerung wird in den Innenstädten einen für den Bürger sichtbaren Schaden hinterlassen. Die Innenstadt lebt vom pulsierenden Handel. Gerade der Facheinzelhandel trägt dazu bei. Wenn Händler aber aufgeben müssen, spätestens in der nächsten Konjunkturflaute, wird sich Leerstand breit machen. Gesellschaftspolitisch ist dies nicht zu verantworten. Die Steuerreform fällt all denen in den Rücken, die sich für belebte und attraktive Innenstädte engagieren. Die Kommunen schneiden sich ins eigene Fleisch.

Reformpolitik noch in diesem Jahr fortführen

Wir wissen, dass in der bisherigen Steuergeschichte das Eigenkapital eher benachteiligt wurde. Eine Ausbalancierung zwischen Eigenkapital und Fremdkapital kann und darf aber nicht erfolgen durch eine Erhöhung der Steuern und dann auch noch durch eine Erhöhung der Substanzbesteuerung, denn gerade die führt zu einer abermaligen Belastung des Eigenkapitals.

Hinzu kommt, dass die Unternehmen meist keine Alternativen haben. In den Innenstädten und Einkaufszentren können aus verschiedenen Gründen nicht beliebig Läden gekauft werden. Das ist eine Frage des Angebots, des Preises und der Liquidität.

Wir meinen: Das kann alles nicht gewollt sein und darf auch nicht sein. Als man die Steuerreform plante, rechnete man mit Gesamtsteuer-Einnahmen von 507 Mrd. Euro für das Jahr 2008. Inzwischen schätzt man die Einnahmen auf 555 Mrd. Euro, wahrscheinlich werden sogar 60 Mrd. Euro mehr als geplant in die Kassen strömen. An diesen Zuwächsen haben Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammen mit 10 Mrd. Euro einen erheblichen Anteil. Es gibt also keinen Grund, aus fiskalischen Gründen an strukturellen Fehlern festzuhalten.

ten. - Das beste Steuersubstrat sind übrigens wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland.

Wir appellieren an die Große Koalition, bei der Unternehmensteuerreform - noch bevor sie in Kraft tritt – nachzubessern.

Leider beschränkt sich die Notwendigkeit zu Korrekturen nicht nur auf Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer. Weitere Baustellen sind vielmehr:

- Die Zinsschranke ist extrem kompliziert und behindert selbst normale, bankfinanzierte Investitionen! – Außerdem gefährdet sie den Holding-Standort Deutschland.
- Die Besteuerung von Funktionsverlagerungen behindert den normalen, für Deutschland lebenswichtigen grenzüberschreitenden Wissenstransfer innerhalb von Unternehmensgruppierungen. Im Ergebnis belastet dies Forschungsaktivitäten in Deutschland, die wir eigentlich immer fördern wollen.
- Mantelkauf wäre ein weiteres Stichwort.